Der Landrat des Kreises Kaiserslautern, Postfach 3580, 67657 Kaiserslautern

Damen und Herren
Mitglieder des Kreistages

08.05.2023

Frau Heß-Schmidt, 1. Kreisbeigeordnete
Herrn Schmidt P., Kreisbeigeordneter
Herrn Dr. Altherr, Kreisbeigeordneter

Herrn Keller, Regierungsdirektor
Frau Krill-Sprengart, Kreisoberverwaltungsrätin
Frau Ledesma, Allgemeine Rechtsangelegenheiten
Herrn Schmidt A., Abteilungsleiter 1
Herrn Lauer, Abteilung 1
Frau Müller, Gleichstellungsstelle
Frau Priebe, Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
Frau Dr. Matt-Haen, Kultur + Öffentlichkeitsarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

am

Montag, dem 15.05.2023, um 14:30 Uhr,

findet im Sitzungssaal 3 - Großer Sitzungssaal der Kreisverwaltung Kaiserslautern in
Kaiserslautern, Lauterstraße 8, eine Sitzung

des Kreistages

mit nachstehender Tagesordnung statt.

Hierzu lade ich Sie freundlichst ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Ärzteversorgung
a) Initiative Nachwuchsärzte "Studieren in Europa - Ärzte für die Westpfalz"
b) Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP im Kreistag Kaiserslautern	3328/2023
2	Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußverkehrsfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz	3377/2023
3	Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes	3422/2023
4	TH 11 - Überplanmäßige Aufwendungen 2022 gemäß § 57 LKO i.V.m. § 100 GemO	3410/2023
5	Teilnahme an dem Programm "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)"	3369/2023
6	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023	3404/2023
7	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz	3338/2023
8	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstraße	3413/2023
9	Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen	3415/2023
10	Gemeinsame Nutzung kommunaler Wertstoffhöfe in Stadt und Landkreis Kaiserslautern im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit	3371/2023
11	Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP: "Einführung des Deutschlandtickets für die Schülerinnen und Schüler im Landkreis"	3411/2023
12	Anfragen der Fraktionen	
13	Einwohnerfragestunde	

Nichtöffentlicher Teil

14	Vergabe abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen ab 2024
a) Ausschreibungsergebnis
b) Zuschlagserteilung	3370/2023
15	Schulstrukturelle Weiterentwicklung der BBS Landstuhl	3394/2023
16	Anmietung und Etablierung eines Katastrophenschutz-Zentrums	3403/2023
17	KGSt-Organisationsanalyse Abteilung 4 "Jugend und Soziales"	3414/2023

18	Personalangelegenheit	3360/2023
19	Personalangelegenheit	3362/2023
20	Personalangelegenheit	3429/2023

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Leßmeister

27.04.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Arbeitsgemeinschaft Medizinische Versorgung im Landkreis Kaiserslautern		nicht öffentlich
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Ärzteversorgung

- a) Initiative Nachwuchsärzte "Studieren in Europa - Ärzte für die Westpfalz"
b) Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP im Kreistag Kaiserslautern

Sachverhalt:

Aufgrund des demografischen Wandels und der damit verbundenen älter werdenden Gesellschaft ist mit einem steigenden Bedarf an Ärzten in den nächsten Jahren zu rechnen.

Auch in der Westpfalz und in der „Alten Welt“ wird die Ärzteschaft immer älter, was nachfolgende Grafik verdeutlicht:

Altersklasse	Versorgungsbereich: Anzahl der Hausärzte (in %)					
	Stadt u. LK KL	LK DOB	LK Kusel	PS, ZW, SWP	LK KH	Gesamt
30 bis 39	5	5	5	6	7	5,6
40 bis 44	11	8	7	10	7	8,6
45 bis 49	6	11	7	5	11	8
50 bis 54	17	5	9	6	17	10,8
55 bis 59	19	11	23	20	18	18,2
Summe 30 bis 59	58	40	51	47	60	51,2
60 bis 64	19	32	12	29	11	20,6
65 bis 69	13	14	14	9	8	11,6
Über 70	10	14	23	14	22	16,6
Summe über 65	23	28	37	23	30	28,2

(Datenquelle: Arztregister Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz zum Stichtag 30.06.2022)

Im Bereich der Hausärzte sind derzeit circa 50 % über 60 Jahre alt. Es ist davon auszugehen, dass diese Ärzte in etwa 10 Jahren nicht mehr im Dienst sein werden.

Die Zahlen machen deutlich, dass jüngere Ärzte kaum nachkommen. In der Westpfalz sind

beispielsweise von rund 500 Hausärzten nur ca. 30 Ärzte zwischen 30 und 39 Jahre alt.

Für den Bereich der Fachärzte zeigt sich ein ähnliches Bild:

Altersklasse	Versorgungsbereich: Anzahl der Fachärzte (in %)					
	Stadt u. LK KL	LK DOB	LK Kusel	PS, ZW, SWP	LK KH	Gesamt
30 bis 39	8	8	10	6	8	8
40 bis 44	8	17	6	10	13	10,8
45 bis 49	13	13	10	16	14	13,2
50 bis 54	11	10	17	16	18	14,4
55 bis 59	26	13	17	27	18	20,2
Summe 30 bis 59	66	61	60	75	71	66,6
60 bis 64	22	27	17	17	15	19,6
65 bis 69	9	6	21	3	10	9,8
Über 70	3	6	2	5	5	4,2
Summe über 65	12	12	23	8	15	14

(Datenquelle: Arztregister Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz zum Stichtag 30.06.2022)

Neben der Kassenärztlichen Vereinigung, die den Sicherstellungsauftrag der ärztlichen Versorgung hat, ist auch die Politik gefordert. Mittlerweile ruft selbst der Bundesgesundheitsminister Lauterbach die Länder dazu auf, Studienplätze im Bereich Medizin zu schaffen. So forderte er im Dezember 2022 bundesweit weitere 5.000 Medizin-Studienplätze.

Der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Hoch sieht mit der Erhöhung der Zahl der Medizin-Studienplätze um 15 Prozent auf 450 pro Jahr in Rheinland-Pfalz den Nachholbedarf laut einer SWR-Presseberichterstattung vom 30.12.2022 erfüllt.

In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit zwei Fakultäten der Humanmedizin. Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz bietet jährlich circa 410 Studienplätze der Humanmedizin an (Stand: 01-2022: Ca. 2.650 Immatrikulationen insgesamt). Seit dem Wintersemester 2020/21 bietet der Medizincampus Trier der Universitätsmedizin Mainz bis zu 30 Studierenden im Studiengang Humanmedizin die Möglichkeit, das 10. Semester in Trier zu absolvieren. Zum Sommersemester 2022 wurde das Angebot um das 9. Semester erweitert (Quelle: unimedizin-mainz.de).

Damit die Region der Westpfalz und der „Alten Welt“ nicht noch tiefer in eine Notsituation der ärztlichen Versorgung - insbesondere bei den Hausärzten - abdriftet, haben die Landrätinnen und Landräte sowie die Oberbürgermeister der Westpfalz und der „Alten Welt“ entschieden, sich nach Studienplätzen in Europa umzuschauen.

Das Westpfalz-Klinikum hat bereits seit 2014 eine bestehende Kooperation mit der Universität in Pécs (Ungarn) zur Aufnahme von PJ-Studenten, also Studenten, die sich im letzten Abschnitt des Medizinstudiums (Praktisches Jahr) befinden und eine praktische Tätigkeit in einer von der Universität anerkannten Klinik ableisten müssen.

Aus diesem Grund entwickelte sich die Idee, an die bestehende Kooperation anzuknüpfen und diese zu intensivieren. Ende Januar 2023 reisten als Delegation der westpfälzischen Gebietschefs die Landräte Guth, Leßmeister und Rubly nach Pécs. Dort wurden unter anderem Gespräche mit Univ. Prof. Dr. Miklós Nyitrai (Dekan), Dr. med László Czopf (Prodekan für Bildung) und Herrn Prof. Péter Than (Leiter des deutschsprachigen Medizinstudiengangs) geführt. Im Rahmen des Delegationsbesuchs fand auch ein Erfahrungsaustausch mit deutschen Studierenden statt.

Die Universität Pécs ist eine der fünf Spitzenuniversitäten Ungarns mit 10 Fakultäten und ca.

20.000 Studierenden. An der Medizinischen Fakultät gibt es insgesamt ca. 3.000 Studierende; davon ca. 700 deutschsprachige. Jährlich werden ca. 170 Studienplätze angeboten. Studienbeginn ist jeweils Anfang September eines Jahres (Wintersemester). Das Medizinstudium dauert in der Regel 12 Semester und schließt mit dem dr. med. (Medical Doctor – M.D.) ab. **Das Studium wird in deutscher Sprache angeboten.**

Zulassungsvoraussetzung ist das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, wobei der Notendurchschnitt nicht ausschlaggebend ist (ohne Numerus Clausus). Ein Aufnahmetest wird nicht durchgeführt. Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ist eine Onlineregistrierung vom 01.02. - 30.06. eines Jahres möglich. Es werden diejenigen Interessenten bevorzugt, die naturwissenschaftliche Fächer (Biologie, Chemie oder Physik) als Leistungskurs absolviert haben, naturwissenschaftliche Fächer an einer Universität belegt haben, naturwissenschaftliche Fächer im Rahmen von Kursen zur Vorbereitung auf ein Medizinstudium absolviert haben, nach dem Gymnasium im Gesundheitswesen tätig waren oder dort ihren Zivildienst abgeleistet haben.

Für das Studium der Humanmedizin in Pécs fallen Studiengebühren in Höhe von 7.500 € pro Semester an.

Der Studiengang zeichnet sich durch einen hohen Praxisbezug mit Patientenkontakt (Bedside Teaching) aus. So verfügt die Fakultät beispielsweise über ein hochmodernes und innovatives MediSkill Lab (gesundheitliches Simulationszentrum). Neben dem Arbeiten in Kleingruppen besteht ein sehr guter Zusammenhalt und ein starkes Netzwerk vor Ort (Deutsche Enklave mit internationaler Ausrichtung). Für die Studierenden steht zudem ein guter und bezahlbarer Wohnungsmarkt in Pécs zur Verfügung. Die Inanspruchnahme von Auslands-BAföG ist ebenfalls möglich.

Insbesondere das praktische Jahr muss im Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern (WKK) abgeleistet werden. Mit der Universität gibt es Gespräche, ob nicht auch umliegende Krankenhäuser der Region möglich sind. Famulaturen sind in der Westpfalz zu erbringen.

Mit der Projektidee „Studieren in Europa – Ärzte für die Westpfalz“ wollen die Landkreise Kaiserslautern, Kusel, Donnersbergkreis, Südwestpfalz, Bad Kreuznach, die Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken sowie die Zukunftsregion Westpfalz (ZRW) und das Westpfalz-Klinikum gemeinsam die ärztliche Versorgung in der Westpfalz und dem Gebiet der „Alten Welt“ stärken. Ab dem Wintersemester 2023/24 soll bis zu sechs jungen Menschen ein deutschsprachiges Medizinstudium an der Universität Pécs in Ungarn ohne Zulassungsbeschränkung (N.C.) ermöglicht werden. Um allen interessierten und geeigneten Studierenden die Gelegenheit dieses Auslandsstudiums zu geben und die geförderten Studentinnen und Studenten nach ihrem Abschluss in der Westpfalz zu halten, soll durch den gemeinnützigen Verein „Studieren in Europa – Ärzte für die Westpfalz e. V.“ das Zahlen der Studiengebühren durch die Vergabe von Stipendien erleichtert werden. Die Auswahl der für die Förderung durch den Verein vorgesehenen Studierenden erfolgt nach den noch zu erarbeitenden Förderrichtlinien des Vereins.

Hier liegen bereits Zusagen einiger Unternehmen und Institutionen vor, die das Projekt unterstützen möchten. Dazu gehört auch der Verein „Zukunftsregion Westpfalz (ZRW)“ als wichtiger Partner.

Anmerkung:

Zum dargestellten Sachverhalt ist ein in etwa gleichlautender Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP im Kreistag Kaiserslautern eingegangen, der als Anlage beigefügt ist.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Kaiserslautern begrüßt die Initiative der kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken sowie der Landkreise Bad Kreuznach, Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Kusel

und Südwestpfalz sich gemeinsam mit der ZRW und dem Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern als weitere Partner zusammenschließen und einen gemeinnützigen Verein „Ärzte-für-die-Westpfalz“ zu gründen.

Der Verein hat als Ziel, durch Förderung junger Menschen - bevorzugt aus unserer Region in einer Kooperation mit der Universität in Pécs (Ungarn) ein Medizinstudium zu ermöglichen. Voraussetzung einer Förderung soll sein, dass sich die geförderten Studierenden später im Bereich der Westpfalz für mindestens drei Jahre als Arzt niederlassen oder in einem Klinikum arbeiten.

Der Landrat wird ermächtigt, mit den beteiligten Gebietskörperschaften und Kooperationspartnern einen gemeinnützigen Verein zu gründen und eine entsprechende Satzung zu erarbeiten, die förderlich ist, die oben aufgeführten Ziele zu erreichen.

Im Auftrag:

Carmen Zäuner
Fachbereichsleiterin Orga, Zentrale Aufgaben

Anlage/n:

Anlage_Antrag der Fraktionen

TOP Ö 1

07.03.2023

Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP im Kreistag Kaiserslautern

Der Kreistag möge beschließen:

Die Situation der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum wird immer angespannter. In einigen Teilen des Landes und auch der Region Westpfalz muss sie schon als dramatisch bezeichnet werden.

Insbesondere die weitere Entwicklung macht mit Blick auf die derzeitige Altersstruktur der Ärzteschaft sehr große Sorgen.

„Wer Ärzte in der Fläche haben möchte, der muss Ärzte ausbilden.“ Daher begrüßt der Kreistag Initiativen, die dazu führen, mehr Ärzte auszubilden und diese möglichst als Hausärzte im Land zu binden.

Ausdrücklich begrüßt der Kreistag die Interkommunale Initiative der Landkreise Kaiserslautern, Kusel, Donnersbergkreis, Südwestpfalz, Bad Kreuznach sowie der Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken gemeinsam mit der Zukunftsregion Westpfalz e.V., in Zusammenarbeit mit der Universität Pécs in Ungarn und dem Westpfalz Klinikum Ärzte auszubilden. Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt der Gebietskörperschaften der Region, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken und die ärztliche Versorgung langfristig zu sichern.

Der Kreistag unterstützt die Gründung eines gemeinnützigen Vereins hierzu und die zur Vereinsgründung erforderlichen Schritte.

Der Landrat wird um Bericht zum weiteren Vorgehen gebeten.

Harans Klein

08.05.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußverkehrsfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz

Sachverhalt:

Die Förderung des Fuß- und Radverkehrs ist ein wichtiges Ziel und wesentlicher Bestandteil jeder nachhaltigen, umweltfreundlichen und integrierten Verkehrspolitik. Fuß- und Radverkehr sind weder mit Lärm noch mit schädlichen Emissionen verbunden, ebenso ist ihr Flächenbedarf im Vergleich zum Kfz-Verkehr gering. Zusammen mit dem ÖPNV eröffnen Fuß- und Radverkehr die Möglichkeit, sowohl Mobilitätsalternativen zu bieten als auch den öffentlichen Raum vom Kraftfahrzeugverkehr zu entlasten und damit Raum für Aufenthalt, Begrünung und weitere klimaschützende Maßnahmen zu schaffen. Schließlich bietet die Förderung des Fuß- und Radverkehrs auch das Potential maßgeblich zur Erreichung von kommunalen Klimaschutzzielen beizutragen.

Wichtige Akteure der Fuß- und Radverkehrsförderung sind die Kommunen. Dabei sind Kooperationen und/oder Vernetzungen zwischen den Kommunen bisher eher die Ausnahme als die Regel, obwohl die Problemstellungen vielfach gleich oder zumindest ähnlich sind. Um hier die Arbeit effektiver zu gestalten und um Synergien zu nutzen, bietet sich eine bessere Vernetzung auf der kommunalen Ebene an. Hierzu haben sich mittlerweile in fast allen Bundesländern Arbeitsgemeinschaften für fahrrad- und fußverkehrsfreundlichere Kommunen (AGFFK) gegründet, in den meisten Fällen als eingetragener Verein mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern zeigen, dass der Zusammenschluss von Kommunen zu einer AGFK wesentlich zu einer professionelleren und zielgerichteten Förderung des Fuß- und Radverkehrs beiträgt. Die Arbeitsgemeinschaften verstehen sich dabei vor allem als:

- Plattform für die Vernetzung der Kommunen untereinander,
- Informations- und Kommunikationsschnittstelle sowohl zwischen den Mitgliedern, als auch im Dialog mit der Politik,
- (Mit-) Organisator von Veranstaltungen, Kongressen und Fortbildungen,
- Fachberater mit Expertise und Ideen für die praktische Arbeit in den Kommunen und
- Unterstützer für den Bereich Kommunikation und Werbung.

Die Aufgaben und Leistungen einer AGFFK-RLP sind den beigefügten Anlagen zu entnehmen.

Auf Initiative der Stadtverwaltung Kaiserslautern haben sich in den letzten Jahren die an einer

AGFFK-RLP interessierten Kommunen vernetzt und untereinander ausgetauscht. Ein wichtiger Meilenstein war dabei die Übergabe von 40 Interessenbekundungen der Kommunen mit Unterstützungsschreiben u. a. der kommunalen Spitzenverbände an die Ministerin Frau Daniela Schmitt im Februar 2022. Mittlerweile haben 55 Kommunen ihr Interesse an einer AGFFK-RLP bekundet.

Die Landesregierung hat sich die Entwicklung des Radverkehrs und dabei explizit auch die Förderung des Alltagsradverkehrs zum Ziel gesetzt. Die Gründung einer AGFFK-RLP als kurzfristige Maßnahme bis zum Jahr 2023 ist dabei Bestandteil der Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld 10 „Strukturen und Rahmenbedingungen“ des Radverkehrsentwicklungsplans Rheinland-Pfalz 2030. Der Koalitionsvertrag sieht zudem die Einrichtung einer AGFFK-RLP vor.

Wie in den meisten Bundesländern auch, soll die AGFFK-RLP die Organisationsform eines gemeinnützigen eingetragenen Vereins (e.V.) erhalten. Der Verein soll über einen Vorstand und eine Geschäftsstelle mit einem Geschäftsführer und weiterem Personal (1-2 Personen) verfügen. Er finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und eine Landesförderung.

Ein Satzungsentwurf wurde mittlerweile erstellt. Als Voraussetzung für einen Beitritt sind danach folgende Kriterien vorgesehen:

- Unterstützung der Ziele des Vereins
- Benennung eines festen Ansprechpartners auf fachlicher Ebene
- die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den Gremien des Vereins
- Zahlung des Mitgliedsbeitrags

Die Ziele gemäß § 2 Abs. 4 des Satzungsentwurfs umfassen:

- a. Kommunen unter dem Gesichtspunkt umweltfreundlicher und klimaschützender Maßnahmen fußgänger- und fahrradfreundlicher zu gestalten,
- b. die Verkehrssicherheit insbesondere für zu Fuß Gehende und Radfahrende zu verbessern,
- c. die Bildung im Sinne zukunftsfähiger und nachhaltiger Mobilität zu fördern,
- d. den Anteil des Fuß- und Radverkehrs am Gesamtverkehr in den Mitgliedskommunen zu erhöhen auch im Kombination mit anderen Verkehrsarten (multimodaler Verkehr)
- e. und eine gleichberechtigte Mobilität für alle Verkehrsteilnehmenden in städtischen und ländlichen Räumen zu ermöglichen.

Als Mitgliedsbeiträge sind folgende Beträge vorgesehen:

- bis 10.000 Einwohner 500 Euro
- 10.001 bis 20.000 Einwohner 1.000 Euro
- 20.001 bis 50.000 Einwohner 1.500 Euro
- 50.001 bis 100.000 Einwohner 2.000 Euro
- über 100.000 Einwohner 2.500 Euro

Die Gründungsveranstaltung für die AGFFK-RLP fand am 5. Mai 2023 in Kaiserslautern statt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Mitgliedschaft in der AGFFK-RLP.

Im Auftrag:

Tassya Rauch
Abteilungsleiterin Bauen und Umwelt

Anlage/n:

_20221222_AGFFK jetzt gute Gründe
2023-01-27 Organigramm

TOP Ö 2

Jetzt mitgründen und Fuß- und
Radverkehr gemeinsam voranbringen!

Aufgaben und Leistungen der AGFK für ihre
Mitglieder

Aufgabenbereiche der AGFK Rheinland-Pfalz

→ Konkrete Vorteile für Mitglieder

- **AGFK ist Servicestelle**
Fachlicher Ansprechpartner, Beratung und Hilfestellung exklusiv für Mitglieder, Infoplattform, Materialien exklusiv für Mitglieder
- **AGFK ist Austauschgremium (landesweit und darüber hinaus)**
Organisation von Arbeitskreisen, Planertreffen, Netzwerkaufbau, eigene Veranstaltungen für Mitglieder und vergünstigte Teilnahme an Veranstaltungen Dritter
- **AGFK ist Interessensvertretung**
Vertretung der kommunalen Interessen / Belange gegenüber Bund und Land, Zusammenarbeit mit Verbänden, Forderungen für Fuß- und Radverkehr

→ Konkrete Vorteile für Mitglieder

- AGFK betreibt Öffentlichkeitsarbeit
exklusive Materialien für die Mitglieder für Öffentlichkeitsarbeit (zentral entwickeln – lokal nutzen), Pressebereich, Kampagnen, Veranstaltungen für Mitglieder, Ideen, Best-Practice
- AGFK ist Innovationsstelle
Entwicklung und Durchführung von Projekten, Beauftragung von Forschungsarbeiten und Gutachten nach Bedarf der Mitglieder, Fachliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitglieder

→ Gute Gründe für Mitgliedschaft!

Beispiele Austausch und Vernetzung

AGFS-Planerwerkstatt 2019: "Schnelle Achsen für die Nahmobilität"

AGFK
MOBILITÄTSFORUM 2022

Nach den Vorträgen hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich in fünf Teilgruppe auszutauschen:

- Sitzung 1: Verkehrsrechtliche Fragestellungen
- Sitzung 2: Radwegebau und Radverkehrsförderprogramme durch den Landkreis
- Sitzung 3: Beschilderung für Radverkehr nach FGSV
- Sitzung 4: Einfach umsetzbare Maßnahmen zur Radverkehrsförderung
- Sitzung 5: Kommunale Kommunikationsmaßnahmen.

AGFS
Die 3. AGFS-Planerwerkstatt - erneut wurden innovative Lösungen entwickelt

Der gemeinsame Workshop von Kolleginnen und Kollegen aus AGFS-Kommunen und einem Kreis von drei Experten aus der Verkehrsplanung bringt spannende und zukunftsfähige Ansätze für schnelle Achsen der

18. März 2022 / In Aktuelles, Veranstaltungen

„Einstieg in den kommunalen Radverkehr“ – AGFK-Seminarreihe startet Anfang Mai – Jetzt anmelden!

Die AGFK MV unterstützt Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern beim Thema Radverkehr. Gemeinsam mit AGFKs aus Schleswig-Holstein und Sachsen (RAD.SH und wegebund) bieten wir eine Fortbildungsreihe für kommunale Mitarbeitende an. [Alle Informationen können hier als PDF heruntergeladen werden.](#)

AGFK MV

Die Riesenfahrräder

Anlässlich des 200. Geburtstags des Fahrrads bekommen zahlreiche AGFK-Kommunen und -Landkreise ein neues Wahrzeichen. Eine Skulptur in Form eines Riesenfahrrads tourt durch Baden-Württemberg im Zusammenhang mit dem Jubiläum für das nachhaltige Verkehrsmittel.

Faltblattserie "Entspannt mobil"

Fahrrad fahren macht Spaß, schont die Umwelt und hält gesund. Zur Förderung der Sicherheit von Radfahrern hat die AGFK-BW eine Faltblattserie mit dem Titel „Entspannt mobil“ herausgegeben. In sechs Flyern wird zum Thema Sicherheit und Regeln im Straßenverkehr zusammengefasst – und auch die Freude an sich die Faltblätter an alle Verkehrsteilnehmer.

Die Mediathek der AGFS

[Broschüren](#) [Fotos](#) [Videos](#)

Videos

FACHKOMMUNIKATION

STVO-FAQ FÜR KOMMUNEN

BAUSTELLENLEITFADEN

LEITFADEN MARKIERUNGSLÖSUNGEN

DIENSTRAD

FAHRRADPARKEN

FAKTENBLÄTTER

PLANUNGS-CHECK

ÜBERZEUGEND ARGUMENTIEREN

Beispiele gemeinsame Anschaffungen und Mobilitätsmanagement

15. Juni 2021

Fahrrad-Leasing im öffentlichen Dienst – Video der Info-Veranstaltung

AGFK MV

AGFK-Brötchentüten zu Umwelt und Gesundheit

Zum Start in den Fahrradfrühling verteilen 565 Bäckereien in allen Mitgliedskommunen der AGFK-BW Brötchen, Brezeln und Brote in farbenfrohen Tüten mit augenzwinkernden Fahrradbotschaften

Gem. Anschaffung:
Brötchentüten für
Kampagne

Die AGFK-Brötchentüten zum Thema Gesundheit und Umwelt

Mobilitätsmanagement:
Infovorträge

11. August 2021

Bessere Daten für den Radverkehr in Rostock und MV – AGFK MV erhält erstes Radzählgerät

Gem. Anschaffung:
Radzählgerät

Gem. Anschaffung:
Kommunikationspaket
Fahrradstraßen mit
Materialien

Optional
mit Ihrem
Logo

TOP Ö 2

AGFK-RLP - Organigramm eingetragener Verein (e.V.)- Stand Januar 2023

01.05.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

TH 11 - Überplanmäßige Aufwendungen 2022 gemäß § 57 LKO i.V.m. § 100 GemO

Sachverhalt:

Im Budget 1103 „Leistungen SGB XII und SGB II“ ist es im Haushaltsjahr 2022 zu Mehraufwendungen in Höhe von 3.097.000 € gekommen. Diese Mehraufwendungen konnten in Höhe von 792.000 € durch Mehrerträge gemäß § 15 Abs. 1 S. 2 GemHVO im gleichen Budget gedeckt werden. Die verbleibenden Mehraufwendungen von 2.305.000 € konnten in Höhe von 94.000 € nach § 16 Abs. 1 GemHVO durch Minderaufwendungen im Budget 1104 „Sonstige Aufwendungen im Sozialbereich“ gedeckt werden. Der verbleibende Betrag von 2.211.000 € wurde vorübergehend durch Minderaufwendungen im Budget 1101 „Hilfe für Asylbewerber“ gedeckt.

In diesem Budget stehen noch einige Abrechnungen aus. Laut Prognose im Controllingbericht zum 31.12.2022 wird auch im Budget 1101 ein Mehrbedarf von 2.819.000 € prognostiziert. Grund hierfür ist die hohe Zahl der Schutzsuchenden aufgrund des Ukraine-Krieges und die damit verbundene Weiterleitung der einmaligen Sonderzahlung nach § 8a Abs. 2 LHG 2022 von insgesamt 518.837 € an die Verbandsgemeinden.

Die Mehraufwendungen im Budget 1101 können laut Mitteilung der Fachabteilung im Controllingbericht vermutlich durch entsprechende Mehrerträge gedeckt werden. Allerdings werden die zurzeit dem Budget 1103 zur Verfügung gestellten Beträge in Höhe von 2.211.000 € benötigt, um die anfallenden Aufwendungen im Budget 1101 zu decken. Mehrerträge im Budget 1101 können grundsätzlich gemäß § 15 GemHVO nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Budget 1103 verwendet werden.

Die Mehraufwendungen ergeben sich aus folgenden Gründen:

Im März 2022 erhielten wir vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung die Vergütungsvereinbarung zur Teilhabe am Arbeitsleben. Die Vereinbarung nach § 125 Abs. 1 SGB IX zur Vergütung von erbrachten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben als Leistungen der Beschäftigung gemäß § 111 SGB IX in Werkstätten für behinderte Menschen wurde zwischen dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und dem Ökumenischen Gemeinschaftswerk Pfalz GmbH, Westpfalz-Werkstätten neu getroffen.

Die kalendertäglichen Vergütungssätze wurden rückwirkend ab dem Jahr 2020 erhöht und es wurde eine Beförderungspauschale in Höhe von 7,52 €/Tag eingeführt. Im Rahmen der Fortschreibung der Vergütungssätze (Vergütungsvereinbarung vom 01.01.2020) wurden für die

Westpfalz-Werkstätten die Vergütungssätze rückwirkend ab dem 01.01.2021 neu vereinbart.

Die Nachberechnungen erfolgten auf Grundlage der Vergütungssatzbescheide (vom 16.05.2022) zum 01.01.2021, 01.04.2021, 01.01.2022 und 01.04.2022 des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung. Da die Kostensteigerungen für das Ökumenische Gemeinschaftswerk Pfalz nicht abschließend geklärt waren, wurde Widerspruch erhoben. Mittlerweile liegen uns die neuen Vergütungssätze ab 2021 vor. Allein hieraus erfolgte eine Nachzahlung in Höhe von ca. 60.000 €.

In 2022 wurde weiterhin von den Einrichtungen ein Corona-bedingter Mehraufwand in besonderen Wohnformen, Tagesstätten und Tagesförderstätten erhoben. Auch in den Bereichen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt wurde im Juli 2022 ein Corona-Zuschlag (200 €/Person) gewährt.

Weiterhin ergeben sich die Mehraufwendungen durch die Erhöhung der Tagessätze in den Bereichen der Tagesförderstätten, den besonderen Wohnformen sowie verstärktem Bedarf an Integrationshilfen in den Regel- und Sonderkindergärten als auch in den Einzelintegrationen in den Leistungen zur Teilhabe an Bildung und durch die Erhöhung der Energie- und Benzinpreise.

Des Weiteren sind in der Grundsicherung und der HLU höhere Fallzahlen zu verzeichnen und somit auch eine Steigerung der Aufwendungen. Die gestiegenen Fallzahlen resultieren teilweise aus den Schutzsuchenden aufgrund des Ukraine-Krieges.

Die überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 1103 sind unabweisbar, da die Sozialleistungen aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Pflichtaufgaben zu leisten sind. Nach Durchführung sämtlicher Abrechnungen wird nochmals geprüft, ob die überplanmäßigen Aufwendungen in voller Höhe benötigt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022/2023 im Budget 1103 in Höhe von 2.211.000 € zu.

Im Auftrag:

Christina Ludes
Fachbereichsleiterin Soziales

08.05.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Teilnahme an dem Programm "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)"

Sachverhalt:

I. Gesetzliche Regelungen und Allgemeines

Am 25.01.2023 hat der rheinland-pfälzische Landtag das **Landesgesetz über die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (LG PEK-RP)** beschlossen. Das Landesgesetz wurde am 10.02.2023 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz (GVBl.) - Ausgabe 2/2023 - verkündet und ist damit am 11.02.2023 in Kraft getreten.

Auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung in § 19 Abs. 1 LG PEK-RP wurde das fachlich zuständige Ministerium ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für das Kommunalrecht zuständige Ministerium das kommunale Entschuldungsprogramm in seinen Einzelheiten durch Rechtsverordnung zu regeln.

Die entsprechende **Landesverordnung zur Durchführung des Landesgesetzes über die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (LVOPEK-RP)** wurde am 31.03.2023 im GVBl. für das Land Rheinland-Pfalz - Ausgabe 7/2023 - verkündet und ist am 01.04.2023 in Kraft getreten.

Das PEK-RP richtet sich ausdrücklich an die von einer hohen Liquiditätskreditverschuldung besonders betroffenen Kommunen und befreit diese von einem Teil ihrer Schuldenlast, in der Spitze von mehr als der Hälfte der relevanten Liquiditätskredite. Das Entschuldungsvolumen beträgt in der Summe 3 Mrd. Euro und damit über die Hälfte des kommunalen Liquiditätskreditbestands unter Berücksichtigung von Vermögensanrechnungen und Bereinigungen. Die Teilnahme an dem Programm ist freiwillig. Die Kommunen haben die Verpflichtung, die verbleibenden Liquiditätskredite zu kontrollieren und stetig zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang ist auf weitere Gesetzesänderungen hinzuweisen, die das LG PEK-RP enthält und die insbesondere den künftigen Umgang mit den Liquiditätskrediten regeln.

§ 21 LG PEK-RP regelt Änderungen der Gemeindeordnung (GemO), **§ 22 LG PEK-RP** beinhaltet Änderungen in der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Die **maßgeblichen Änderungen** der **GemO**:

- **§ 93 Abs. 5** wird folgender neuer Satz 2 eingefügt: „Die Liquiditätsplanung ist zu dokumentieren und der Vorlage an die Aufsichtsbehörde nach § 97 Abs. 2 S. 1 beizufügen“.
- **§ 95 Abs. 4:** Die Haushaltssatzung bedarf künftig neben dem Gesamtbetrag der Investitionskredite und der Summe der voraussichtlich kreditfinanzierten Verpflichtungsermächtigungen auch für den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.
- **§ 105 Abs. 4:** Die Gemeinde soll ihre zum 31. Dezember 2023 bestehenden Liquiditätskredite bis spätestens zum Ablauf des Jahres 2053 tilgen. Dazu ist ein Tilgungsplan zu entwickeln, der einen Betrag enthält, der jährlich mindestens getilgt werden soll (Mindest-Rückführungsbetrag) und der sich an einem Dreißigstel der Kredite orientiert.
- **§ 105 Abs. 5:** Die von der Gemeinde nach dem 31. Dezember 2023 aufgenommenen Kredite zur Liquiditätssicherung sollen innerhalb von 36 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres, für das sie aufgenommen worden sind, vollständig getilgt werden.

Die **maßgeblichen Änderungen** der **GemHVO**:

- **§ 1 Abs. 1:** Dem Haushaltsplan ist die Liquiditätsplanung gem. § 93 Abs. 5 S. 2 der Gemeindeordnung als eine weitere Anlage (Nummer 10) beizufügen.
- **§ 18 Abs. 1 Nr. 2:** Künftig ist der Finanzhaushalt bzw. die Finanzrechnung ausgeglichen, wenn der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten und den Mindest-Rückführungsbetrag nach § 105 Abs. 4 S. 2 GemO zu decken, soweit die Auszahlungen zur Tilgung nicht anderweitig gedeckt sind.

Zusammenfassung der o. a. Gesetzesänderungen in der GemO / GemHVO:

Die Kommunen (unabhängig von der Teilnahme am PEK-RP) sind künftig verpflichtet, die Liquiditätsplanung zu dokumentieren und der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätskredite bedarf der aufsichtsbehördlichen Genehmigung. Für die vorhandenen Liquiditätskredite ist ein Tilgungsplan zu erstellen, wonach die zum 31.12.2023 bestehenden Liquiditätskredite bis zum Jahr 2053 getilgt sein müssen. Dieser auf 30 Jahre gerechnete Mindest-Rückführungsbetrag ist zu erwirtschaften, sprich er ist Bestandteil des künftigen Haushaltsausgleiches. Neue Liquiditätskredite ab 31.12.2023 dürfen nur noch für einen Zeitraum von 36 Monaten aufgenommen werden und sind innerhalb dieses Zeitraumes vollständig zu tilgen.

II. Bedeutung und Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises Kaiserslautern

Nach der bisherigen Modellberechnung betrug das bereinigte Liquiditätskreditvolumen des Landkreises Kaiserslautern zum 31.12.2020 163.017.047 €, das Entschuldungsvolumen 114.394.693 € und die verbleibende Restschuld 48.622.354 €.

Allerdings sind Verbesserungen der kommunalen Finanzlage, die durch den Vergleich des Bestands der Liquiditätskredite und des Finanzvermögens zum 31.12.2020 mit dem entsprechenden Bestand zum 31.12.2021 ermittelt werden, von dieser Bemessungsgrundlage noch in Abzug zu bringen. Die Finanzlage verbesserte sich beim Landkreis Kaiserslautern 2021 gegenüber 2020 um 1.612.415 €. **Zum 31.12.2021** beträgt die **Bemessungsgrundlage 161.404.632 €**, das **Entschuldungsvolumen 113.752.588 €** und die verbleibende **Restschuld 47.651.044 €**.

Jede teilnehmende Kommune ist gem. § 4 LVO PEK-RP verpflichtet, der Bewilligungsstelle bis zum 30.06.2023 die Daten zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage zu übermitteln, bzw. die bereits vorliegenden Daten zu bestätigen oder falls erforderlich noch Korrekturen beim Statistischen Landesamt zu beantragen. Erst nach Vorlage der Daten aller PEK-Teilnehmer

können verlässliche Zahlen zu dem endgültigen Entschuldungsvolumen und der endgültig verbleibenden Restschuld genannt werden. Die obigen Zahlen sind daher noch als vorläufig (unter Vorbehalt) zu sehen. Wir gehen jedoch davon aus, dass sich die Datenbasis nur marginal verändern wird.

Unter Annahme der vorliegenden Probeberechnung wird sich der Mindest-Rückführungsbetrag (erforderlicher Betrag, um den verbleibenden Liquiditätskreditbestand bis zum Jahr 2053 zu tilgen) auf ca. 1,6 Mio. € belaufen.

Mit der Teilnahme am PEK RP wird die Teilnahme am bisherigen KEF RP und am Aktionsprogramm „Zinsschirm und Stabilisierungs-/Abbaubonus Rheinland-Pfalz (2020-2028)“ gem. § 13 LG PEK-RP einvernehmlich für beendet erklärt. Dies führt beim Landkreis Kaiserslautern zu einer **jährlichen Ertragsminderung** von ca. 4,09 Mio. € (KEF) und ca. 0,94 Mio. € (Zinsschirm/Abbaubonus).

Ob das Land für die bisherigen KEF-Teilnehmer eine diesbezügliche Kompensation im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs durch die „freiwerdenden KEF-Mittel“ beabsichtigt, ist bisher nicht bekannt, wäre aber zumindest wünschenswert, wenn nicht sogar erforderlich. Die voraussichtliche Zinersparnis durch den geringeren Liquiditätskreditbestand (beim Landkreis voraussichtlich max. 1,5 Mio. €) kann die o. a. Ertragsminderung jedenfalls nur teilweise (geschätzt ca. 30%) kompensieren. Auch ist zu befürchten, dass durch den aktuell zu verzeichnenden starken Zinsanstieg für Kredite der Zinsaufwand durch anstehende Prolongationen wieder erheblich ansteigen wird.

Aber auch gerade wegen des steigenden Zinsniveaus und dem damit verbundenen Zinsrisiko ist die Teilnahme am PEK RP als alternativlos anzusehen.

Ob in den kommenden Jahren ein Haushaltsausgleich (insbesondere auch unter Berücksichtigung der o. a. neuen gesetzlichen Regelungen) möglich sein wird, wird maßgeblich davon abhängen, wie sich der kommunale Finanzausgleich in Gänze und individuell für den Landkreis Kaiserslautern entwickeln wird.

Verlässliche Aussagen oder Prognosen können hierzu gegenwärtig von Seiten der Verwaltung nicht getroffen werden.

III. Weiterer Handlungsbedarf, weiteres Vorgehen

Das nach § 16 Abs. 2 LG PEK-RP i.V.m. § 4 Abs. 1 LVOPEK-RP angekündigte ministerielle Informationsschreiben über das Programm PEK-RP ist am 13.04.2023 eingegangen. Das Schreiben ist als Anlage beigefügt. Dem Schreiben ist auch eine Probeberechnung unter Vorbehalt zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und des Entschuldungsvolumens für den Landkreis Kaiserslautern beigefügt. Diese aus den Daten des statistischen Landesamtes abgeleitete Probeberechnung deckt sich mit unseren Daten aus der Finanzbuchhaltung, auf die Ausführungen unter Ziff. II wird insoweit verwiesen.

Der **Antrag auf Teilnahme** an dem Programm PEK-RP ist nach Zugang dieses Informationsschreibens zum frühestmöglichen Zeitpunkt, **spätestens** aber bis zum Ablauf des **30. September 2023** (Ausschlussfrist) bei der Bewilligungsstelle zu stellen, § 16 Abs. 2 PEK-RP. Die Daten zur **Ermittlung der Bemessungsgrundlage** und des Entschuldungsvolumens sollen der Bewilligungsstelle bis zum **30. Juni 2023** übermittelt werden, § 4 Abs. 3 LVOPEK-RP.

Das Land, vertreten durch die Bewilligungsstelle (= Investitions- und Strukturbank [ISB]), und die teilnahmeberechtigte Kommune schließen einen **Vertrag** über die Einzelheiten der **Teilnahme am Programm PEK-RP**, § 17 PEK-RP. Dieser regelt insbesondere die Pflicht zur Rückführung der bei der Kommune verbleibenden Liquiditätskreditbestände nach Maßgabe des § 14 Abs. 2 PEK-RP, wonach die Tilgung bis spätestens zum Ablauf des Jahres 2053 abgeschlossen sein muss. **Der Vertrag ist von der kommunalen Vertretungskörperschaft zu beschließen.**

Eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses ist der Bewilligungsstelle innerhalb einer Frist von 2 Wochen vorzulegen. Bei der Antragstellung hat die Kommune der Bewilligungsstelle alle bestehenden Kreditverträge mitzuteilen. Prolongationen und Kreditablösungen sind bis zum Abschluss des Vertrages nachträglich zu melden. In allen Fällen hat die Kommune zu ermitteln und anzugeben, ob die Gläubiger zu einer Schuldübernahme durch das Land bereit sind.

Grundsätzlich wählt die Bewilligungsstelle die Kredite zur Schuldübernahme aus. Die Kommune kann abweichend hiervon **Kreditverträge zur Übernahme vorschlagen**, § 6 Abs. 2 PEK-RP. Entsprechend der Gesetzesbegründung zu § 6 werden die Vorschläge der Kommune umgesetzt, solange die Hälfte des endgültigen Entschuldungsvolumens nicht überschritten ist.

Begleitend zu dem o. a. Vertrag nach § 17 PEK-RP schließen das Land, vertreten durch die Bewilligungsstelle, und die Kommune einen **weiteren Vertrag zur Übernahme jedes betroffenen Kreditvertrags**.

Wenn der Vertrag zur Teilnahme am PEK-RP zustande gekommen ist, setzt die Bewilligungsstelle die Leistungen aus dem Programm PEK-RP letztlich durch **Bewilligungsbescheid** gegenüber der Kommune fest.

Die Verwaltung schlägt die weitere Vorgehensweise wie folgt vor:

Der Kreistag stimmt mit heutigem Beschluss der grundsätzlichen Teilnahme am PEK-RP zu. Gleichzeitig ermächtigt der Kreistag die Verwaltung und den Landrat

- der Bewilligungsstelle die Daten zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und des Entschuldungsvolumens bis zum 30.06.2023 zu übermitteln,
- den Vertrag mit dem Land auszuarbeiten und alle hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten (z. B. Einholen der Gläubigerzustimmung zur Schuldübernahme),
- dabei auch Liquiditätskredite zur Schuldübernahme vorzuschlagen und
- ggf. weitere Vereinbarungen und Entscheidungen zu treffen, die in den Vertrag einfließen.

Der Vertrag ist sodann dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zum PEK-RP zur Kenntnis und fasst folgenden Grundsatzbeschluss:

1. Der Teilnahme am PEK-RP wird - vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung über den Vertrag mit dem Land RLP - zugestimmt.
2. Die Verwaltung und der Landrat werden ermächtigt, den Vertrag mit dem Land RLP bzw. der Bewilligungsstelle (ISB) auszuarbeiten und alle damit in Zusammenhang stehenden Entscheidungen zu treffen sowie Aufgaben und Arbeiten (insbesondere Ermittlung der Berechnungsgrundlage bis zum 30.06. und Antragstellung bis zum 30.09.2023) zu erledigen.

Das Vertragsangebot ist anschließend dem Kreistag zur endgültigen Zustimmung und Beschlussfassung vorzulegen.

Im Auftrag:

Thomas Lauer
Fachbereichsleiter Finanzen

Anlage/n:

20230406_Infoschreiben_Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in RLP-LK KL

TOP Ö 5

Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DER FINANZEN

Ministerium der Finanzen, Postfach 38 80, 55116 Mainz

An den Landrat
des Landkreises Kaiserslautern
Herrn Ralf Leßmeister
Postfach 35 80
67623 Kaiserslautern

1. S
2. O: FBL 1.3
3. K: AL1,
1. KBO/KBO

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz
Postfach 33 20
55023 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4331
Poststelle@fm.rlp.de
www.fm.rlp.de

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Postfach 38 80
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3720
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

6. April 2023

Informationsschreiben zum Programm

„Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“

Sehr geehrter Herr Landrat Leßmeister,

gemeinsam haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten die Weichen für einen finanziellen Neustart der kommunalen Familie gestellt: Nun kann das Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ (PEK-RP) starten. Für den intensiven und gewinnbringenden Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden bei der Ausgestaltung des Programms bedanken wir uns an dieser Stelle nochmals ganz herzlich.

Zum Start möchten wir allen Kommunen in Rheinland-Pfalz mit diesem Schreiben grundlegende Informationen zum Programm PEK-RP geben, damit wir unser gemeinsames Ziel schnell und reibungslos erreichen: Die Entschuldung nun auch umzusetzen.

Welche Ziele verfolgt das Programm PEK-RP?

Das Programm PEK-RP setzt die Politik der Landesregierung zur Stärkung der Kommunen konsequent fort. Im Zusammenspiel mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) schaffen wir durch den historischen Schuldenschnitt von 3 Milliarden Euro die Basis für einen fiskalischen Neubeginn der rheinland-pfälzischen Kommunen.

Das Programm PEK-RP richtet sich ausdrücklich an die besonders mit Liquiditätskrediten belasteten Kommunen und befreit diese unmittelbar und effektiv von einem Teil ihrer Schuldenlast, in der Spitze von mehr als der Hälfte der relevanten Liquiditätskredite. Durch die Entschuldung nimmt das Land den Kommunen das Zinsänderungsrisiko für die entsprechenden Schulden dauerhaft ab, was gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Zinsentwicklung die Bedeutung des Programms unterstreicht. Die mittel- und langfristige Entlastung der rheinland-pfälzischen Kommunen dürfte damit deutlich über 3 Milliarden Euro hinausgehen.

Die Solidarität zwischen Land und Kommunen sowie innerhalb der kommunalen Familie ist tragender Gedanke des Programms PEK-RP – für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Wo finden Sie nähere Informationen zum Programm PEK-RP?

Auf der Homepage des Ministeriums der Finanzen finden Sie alle Informationen und Dokumente rund um das Programm PEK-RP: <https://fm.rlp.de/themen/finanzen/kommunale-finanzen/programm-pek-rp>.

Diese betreffen insbesondere

- die Bemessungsgrundlage für die Entschuldung, d. h. die Frage, welche Liquiditätskredite und welches Finanzvermögen relevant sind,
- den Entschuldungstarif, der den Anteil der Entlastung für Ihre Kommune bestimmt,
- die Kreditauswahl, also die Frage, welche Ihrer Kreditverträge im Falle einer Entschuldung vom Land übernommen werden, und
- das Antrags- und Bewilligungsverfahren zur Umsetzung der Entschuldung.

Die rechtlichen Regelungen, ein Leitfaden, eine Proberechnung für alle Kommunen und weitere Unterlagen sind dort abrufbar.

Wenn Sie eine Einführung zum Programm PEK-RP und zum Antragsverfahren wünschen, empfehlen wir Ihnen die entsprechenden Informationsveranstaltungen. Zu diesen Videokonferenzen können Sie sich unter folgendem Link anmelden: <https://isb.rlp.de/pek-rp>.

Wird Ihre Kommune entschuldet – und in welcher Höhe?

Die Datengrundlage für das Programm PEK-RP bilden statistische Daten, konkret die amtliche Schuldenstatistik und die Finanzvermögenstatistik. Anhand der vorliegenden Daten lässt sich bereits jetzt – vor der Antragstellung und unter entsprechendem Vorbehalt – im Rahmen einer Proberechnung das einstweilige Entschuldungsvolumen für Ihre Kommune ermitteln. Das Ergebnis finden Sie als Anlage zu diesem Schreiben.

Ist als Entschuldungsvolumen ein positiver Betrag angegeben, können Sie grundsätzlich davon ausgehen, dass Ihre Kommune am Programm PEK-RP teilnehmen kann.

Wenn dieser Betrag zudem größer ist als die alternativen Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP), ist die Teilnahme am Programm PEK-RP im Regelfall wirtschaftlich vorteilhaft. Im Einzelfall kann eine Vergleichsberechnung erforderlich werden, die alle Entschuldungsprogramme des Landes einbezieht und auch die voraussichtliche Kreditauswahl beim Programm PEK-RP berücksichtigt.

Ist eine Teilnahme Ihrer Kommune nicht möglich, bitten wir Sie Folgendes zu berücksichtigen:

- Das Land geht mit dem Gesamtvolumen von 3 Milliarden Euro an seine Grenzen. Auch deshalb ist eine Konzentration auf diejenigen Kommunen erforderlich, die sich nicht aus eigener Kraft aus ihrer finanziellen Situation befreien können.
- Die Tilgung der verbleibenden Restschuld stellt für die teilnehmenden Kommunen weiterhin eine Herausforderung dar.
- Einem erneuten Aufwachsen der Liquiditätskreditbestände wird künftig durch die Änderungen im Gemeindehaushaltsrecht entgegengewirkt, die im Rahmen des Entschuldungsprogramms erfolgt sind.

Nach der Entschuldung haben alle Kommunen die Möglichkeit und zugleich die Verpflichtung, die verbleibenden Liquiditätskredite selbst zu kontrollieren und zu reduzieren.

Wie korrigieren Sie bei Bedarf die statistischen Daten?

Im Rahmen der Antragstellung sind die statistischen Daten grundsätzlich zu bestätigen. Sind Korrekturen zu den Daten in der Anlage erforderlich, dann teilen Sie dies bitte kurzfristig und unmittelbar gegenüber dem Statistischen Landesamt mit. Die Ansprechpersonen und die Bedingungen sind insofern die gleichen wie bei Ihrer Meldung zur Schulden- und zur Finanzvermögenstatistik. Sofern das Statistische Landesamt die Korrekturen übernimmt, werden diese ohne weiteres Zutun bei der Berechnung des Entschuldungsvolumens Ihrer Kommune berücksichtigt.

Wie stellen Sie den Antrag? – Die ISB als Ihre Ansprechpartnerin

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) setzt das Antrags- und Bewilligungsverfahren zum Programm PEK-RP um – grundsätzlich in elektronischer Form.

Ihr Antrag ist im Antragsportal zum Programm PEK-RP zu stellen, das Sie über die Homepage der ISB erreichen: <https://isb.rlp.de/kommunal.html>.

Dort finden Sie auch eine Anleitung zur Antragstellung und die Kontaktdaten Ihrer Ansprechpersonen bei der ISB.

Die Teilnahme am Programm PEK-RP ist freiwillig und erfolgt daher nur auf Ihren Antrag hin.

Was sind die nächsten Schritte?

Wiederholt haben Kommunen, die voraussichtlich am Programm PEK-RP teilnehmen können, die Frage gestellt, wie mit einem Kreditvertrag zu verfahren ist, der vor einer möglichen Übernahme ausläuft. Vorbehaltlich der Entscheidung über die Teilnahme und die Kreditauswahl sowie unter Hinweis auf das eigenständige Kreditmanagement

der Kommune wird angeregt, nach Möglichkeit eine endfällige Anschlussfinanzierung mit Fälligkeit zum 15. Oktober 2024 oder 15. November 2024 einzugehen. Verträge mit Laufzeitende im Jahr 2026 sind grundsätzlich nicht zur Übernahme vorgesehen.

Die Angaben zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und des Entschuldungsvolumens geben Sie bitte **bis zum 30. Juni 2023** im Antragsportal ein.

Der vollständige Antrag ist **bis zum 30. September 2023** im Antragsportal zu stellen. Diese zweite Frist ist eine gesetzliche Ausschlussfrist, die nicht verlängert werden kann. Sie tragen zu einem reibungslosen Verfahren für alle Beteiligten bei, wenn Sie möglichst frühzeitig Ihren Antrag stellen.

Starke Kommunen für Rheinland-Pfalz

Das Programm PEK-RP bedeutet einen echten finanziellen Neustart. Wir freuen uns, diesen Schritt als Land gemeinsam mit der kommunalen Familie in einer dauerhaften Partnerschaft zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Ahnen

Michael Ebling

Anlage: Proberechnung unter Vorbehalt zum Programm PEK-RP

**Proberechnung unter Vorbehalt zur
Ermittlung der Bemessungsgrundlage und des Entschuldungsvolumens
für den Landkreis Kaiserslautern**

Ermittlung der Bemessungsgrundlage

Die Bemessungsgrundlage ermittelt sich wie folgt:

Liquiditätskredite zum 31.12.2020:	177.200.000 Euro
- davon beim nicht-öffentlichen Bereich:	177.200.000 Euro
- davon beim öffentlichen Bereich: einschließlich Verbindlichkeiten im Rahmen einer Einheitskasse	0 Euro
- davon Wertpapiersschulden:	0 Euro
Anrechnungen insgesamt:	-15.795.368 Euro
- davon Auswirkung von liquiden Mitteln:	-14.182.953 Euro
- davon Bereinigung von Doppelzählungen:	0 Euro
- davon Verbesserung der Finanzlage: (dabei Liquiditätskredite zum 31.12.2021:	-1.612.415 Euro 177.500.000 Euro)
Bemessungsgrundlage:	161.404.632 Euro

Ermittlung des Entschuldungsvolumens

Das Entschuldungsvolumen ermittelt sich wie folgt:

Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner: 106.658
(laut Melderegister zum 31.12.2020)

Bemessungsgrundlage je Einwohnerin und Einwohner: 1.513 Euro

Sockelbetrag je Einwohnerin und Einwohner: 167 Euro

Spitzenbetrag je Einwohnerin und Einwohner: 833 Euro

Maximale Restschuld je Einwohnerin und Einwohner: 500 Euro

Vorläufiges Entschuldungsvolumen: 108.044.554 Euro

Endgültiges Entschuldungsvolumen: 113.752.588 Euro

Zum Vergleich: Programm KEF-RP alternativ 12.281.751 Euro

Zuweisungen des Landes in den Jahren 2024 bis 2026 nach aktuellem Stand

08.05.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023

Sachverhalt:

Der Kreistag des Landkreises Kaiserslautern hat am 13.02.2023 eine Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen, die die gesetzlichen Bestimmungen zum Haushaltsausgleich im Sinne des § 18 GemHVO (in der Fassung bis zum 07.02.2023) erfüllte.

Der **Ergebnishaushalt** ist für 2023 ausgeglichen (**+36.108 €**), die Plandaten der Haushaltsfolgejahre 2024-2026 weisen ebenfalls positive Ergebnisse aus (2024 / 741.331 €; 2025 / 932.544 € und 2026 / 859.849 €).

Der **Finanzhaushalt** weist im Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen für 2023 ein positives Ergebnis von **+5.228.308 €** aus, sodass auch die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung in Höhe von 3.145.000 € getilgt werden können. Auch die Planfolgejahre 2024-2026 erfüllen die Vorgaben des § 18 Abs. 1 Ziff. GemHVO.

Der in § 18 GemHVO gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich ist somit erfüllt. Das Zahlenwerk wurde unter größten Anstrengungen und unter Ausreizung möglicher Einsparpotentiale erstellt. Das Zahlenwerk wurde mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier am 29.11.2022 vorbesprochen, die Genehmigung des Haushalts wurde auf der Basis dieses Entwurfs in Aussicht gestellt.

Mit Schreiben vom 15.03.2023 (Eingang **28.03.2023**) erging ein Aufklärungsersuchen der ADD Trier mit Fristunterbrechung.

Maßgeblicher Inhalt zum Haushaltsausgleich:

- Der **Ergebnishaushalt** konnte erfreulicherweise für das aktuelle Haushaltsjahr sowie für die folgenden drei Planungsjahre abgebildet werden
- Der Ausgleich des **Finanzhaushaltes** ist in allen Planjahren verfehlt.
Die Regelung des § 18 GemHVO hat für die Teilnehmer am KEF-RP dahingehend eine Modifizierung erfahren, dass der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auch zur Deckung der mit der Teilnahme am KEF-RP verbundenen Mindesttilgung (beim Landkreis Kaiserslautern 4.912.700 €) ausreichen muss.
Dies erfordert, dass von einem ausgeglichenen Finanzhaushalt nur dann gesprochen werden kann, wenn der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen 2023 einen

positiven Betrag von insgesamt 8.057.700 € (planmäßige Tilgung 3.145.000 € plus Mindestnetttilgung KEF-RP 4.912.700 €) ausweist. Rechnet man den mit Ministerschreiben vom 12.01.2023 geforderten Tilgungsbetrag der geplanten, aber noch nicht genehmigten Investitionskredite hinzu, beläuft sich der erforderliche positive Saldo 2023 auf ca. 8,6 Mio. € und in den Folgejahren 2024-2026 auf ca. 9 Mio. €.

Der Finanzhaushalt ist folglich mit einem Plus von 5.228.309 € in 2023 nicht ausgeglichen. Die Unterdeckung beträgt 2023 ca. 3 Mio. €, in den Folgejahren ca. 3,6 Mio. €.

Maßgeblicher Inhalt zum Kreisumlagesatz und zur Finanzsituation des kreisangehörigen Raums:

Die ADD Trier fasst in dem Schreiben unsere Ausführungen zur Finanzsituation der kreisangehörigen Kommunen zusammen und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Damit könnte man zwar grundsätzlich eine Unterfinanzierung des kreisangehörigen Raumes annehmen. Diese kann allerdings nur dann korrekt beurteilt werden, wenn die kreisangehörigen Gemeinden mindestens den Nivellierungssätzen entsprechende Realsteuerhebesätze festgesetzt haben. In der vorgelegten Aufstellung sind die Realsteuersätze für das Haushaltsjahr 2023 noch nicht abgebildet. Eine Beurteilung ist daher nicht möglich.“

Weiter:

„Ich gehe davon aus, dass diesjährig eine Anpassung an die geänderten Nivellierungssätze flächendeckend erfolgt. Dabei gebe ich jedoch zu bedenken, dass sich die Realsteuerhebesätze der Ortsgemeinden nach der Rechtsprechung nicht an den Nivellierungssätzen, sondern am Finanzbedarf der jeweiligen Gemeinde orientieren müssen. Verfassungsrechtlich zulässig sind Hebesätze weit oberhalb der Nivellierungssätze.“

Mit Fußnote wird auf die Urteile VG Darmstadt, Beschluss vom 24.08.2019 zur Anhebung des Hebesatzes GrSt B auf 995%-Punkte und VG Arnsberg, Urteil vom 17.08.2017 zur Anhebung auf 910%-Punkte verwiesen.

Weiter:

„In diesem Zusammenhang möchte ich die Kommunalaufsicht des Landkreises ausdrücklich auf ihre staatsaufsichtlichen Mittel hinweisen. Als untere Behörde der allgemeinen Landesverwaltung hat die Kommunalaufsicht des Landkreises gegen unausgeglichene und daher rechtswidrige Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden einzuschreiten. Auch hierzu bitte ich Sie –auch im Hinblick auf das Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 12.01.2022- um Stellungnahme und Darlegung der beabsichtigten Vorgehensweise.“

Maßgeblicher Inhalt zu den neuen Regelungen GemO / GemHVO

Die ADD Trier führt an:

„Durch das LGPEK-RP erfolgt eine Änderung der Gemeindeordnung (§21 LGPEK-RP) und der Gemeindehaushaltsverordnung (§ 22 LGPEK-RP), welche gemäß der Übergangsbestimmung des § 23 LGPEK-RP für alle ab dem 11.02.2023 beschlossenen Haushaltssatzungen gelten.“

Demnach bedarf der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung gemäß § 105 Abs. 3 GemO der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Gemäß § 93 Abs. 5 GemO ist die Liquiditätsplanung zu dokumentieren und der Aufsichtsbehörde nach § 97 Abs. 2 S. 1 vorzulegen.“

Soweit die ADD Trier hier auf das neue Gesetz abstellt, müsste zwangsläufig auch die neue Haushaltsausgleichsregelung gelten, die künftig nicht mehr die Mindestnetttilgung KEF RP, sondern den Mindestrückführungsbetrag PEK RP als Bestandteil des Haushaltsausgleichs berücksichtigt.

Auf das Aufklärungsersuchen antwortete die Verwaltung mit Schreiben vom **03.04.2023**. Mit Schreiben vom 04.04.2023 wurde die aktualisierte Liste der Realsteuerhebesätze und das gemeinsame Schreiben der Aufsichtsbehörden an das Ministerium des Innern und für Sport vom 23.03.2023 nachgereicht, auf das sich die Kommunalaufsicht des Landkreises hinsichtlich der von der ADD Trier angeforderten Stellungnahme bezog.

Beide Schreiben blieben bisher ohne Antwort! Auch telefonische Unterredungen mit der ADD Trier führten zu keinen Ergebnissen. Man verwies auf Vorgaben aus dem Ministerium. Ein Schreiben vom 25.04.2023 an das Ministerium des Innern und für Sport blieb leider, ebenso wie eine E-Mail des Landrates direkt an Herrn Minister Ebling vom 25.04.2023, bis zum 04.05.2023 ohne Reaktion. Mit E-Mail vom 04.05.2023 teilte das Ministerium des Innern und für Sport mit, dass der Vorgang an die zuständige Stelle (ADD Trier) abgegeben wurde.

Insbesondere mit dem Schreiben vom 03.04.2023 an die ADD Trier und mit dem Schreiben an das Ministerium haben wir eindringlich auf die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre verwiesen und unser Unverständnis darüber geäußert, dass man in Krisenzeiten mit erheblichen Herausforderungen für die Kommunen die Haushaltsgenehmigung erstmals aufgrund des Nichterreichens der Mindestnettotilgung des „Auslaufmodells“ KEF-RP im Finanzhaushalt versagt. Die Mindestnettotilgung konnte planerisch bisher noch in keinem Jahr der KEF-Teilnahme erwirtschaftet werden.

Mit Schreiben vom **04.05.2023** (Eingang per Fax am 04.05.2023), teilte die ADD mit, dass die im Aufklärungsersuchen dargelegten Forderungen bestehen bleiben und insbesondere die KEF Mindestnettotilgung erwirtschaftet werden muss.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die in der Anlage beigefügte Änderungsliste im Haushaltswerk einzuarbeiten und die geänderte Haushaltssatzung 2023 mit Haushaltsplan 2023 erneut vom Kreistag beschließen zu lassen. Mit dem geänderten Haushaltswerk sollte der Finanzhaushalt den haushaltsrechtlichen Anforderungen der ADD Trier für das Jahr 2023-2026 (unter Berücksichtigung der KEF-Mindestnettotilgung) damit voll entsprechen. Die geänderte Haushaltssatzung mit Haushaltsplan ist der ADD Trier erneut zur Genehmigung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Kreistag beschließt die beigefügte Änderungsliste und die Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023 und Planfolgejahre 2024-2026 in der beigefügten, aktualisierten Fassung.

Im Auftrag:

Thomas Lauer
Fachbereichsleiter Finanzen

Anlage/n:

Änderungsliste ErgHH_Stand 04.05.2023
Änderungsliste FinHH_Stand 04.05.2023

Änderungsliste Haushalt 2023 gegenüber KT Beschluss vom 13.02.2023
Ergebnishaushalt

04.05.2023
Pos. E 8 205.960.767 Euro + Pos. E17 29.200 Euro

Erträge										Summe ordtl. Erträge aus Verw.				
										2023	2024	2025	2026	
										205.989.967	203.243.963	205.613.735	205.801.804	
Buchungsstelle	Bezeichnung	Ansatz 2023	Korrigierter Ansatz 2023	Ansatz 2024	Korrigierter Ansatz 2024	Ansatz 2025	Korrigierter Ansatz 2025	Ansatz 2026	Korrigierter Ansatz 2026	Grund	Änderung	Änderung	Änderung	Änderung
Stand KT Beschluss 13.02.2023														
61103-416200	Kreisumlage			60.456.673	61.665.806	60.456.673	62.899.123	60.456.673	64.157.105	Steigerung Aufkommen Kreisumlage mit 2,00% sowie Nachmeldung R-M f. 2024 ff.	0	1.209.133	2.442.450	3.700.432
61102-411121	Schlüsselzuweisung			44.530.701	46.165.143	44.530.701	47.859.574	44.530.701	49.616.198	Steigerung Aufkommen SZ mit 3,67 % (häufige durchschn. Steigerung seit 2018)	0	1.634.442	3.328.873	5.085.497
neue BuSt.	Zahlung Jobcenter	0	1.000.000							Erstattung von BuT Leistungen	1.000.000	0	0	0
41431-414410	vom öffentlichen Bereich - Bund	0	60.000	0	17.500					Zuschuss Digitalisierung ÖGD	60.000	17.500	0	0
11442-414420	vom öffentlichen Bereich - Land	0	26.000	0	93.000					Förderung professioneller Support (2023), DigiPakt Administration (2024)	26.000	93.000	0	0
36503-424428	Landeszuschuss Kindertagesstätten	24.189.500	24.939.500	24.189.500	24.939.500	24.189.500	24.939.500	24.189.500	24.939.500	Erhöhung aufgrund Mehrerträge in Vorjahren	750.000	750.000	750.000	750.000
36503-414491	Gemeindeanteil an Kita-Personalkosten freier Träger	1.715.000	1.965.000	1.715.000	1.965.000	1.715.000	1.965.000	1.715.000	1.965.000	Erhöhung aufgrund Mehrerträge in Vorjahren	250.000	250.000	250.000	250.000
61201-461200	Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen	400.000	643.000							Entnahme nicht realisierter Gewinn KVR Fonds	243.000	0	0	0
54201-442420	Kostenerstattung vom Land	811.000	1.011.000							Abstufung Landesstraßen	200.000	0	0	0
Stand aktuell										SUMME Änderungen	2.529.000	3.954.075	6.771.323	9.785.929
											208.518.967	207.198.038	212.385.058	215.587.733

Aufwendungen										Summe ordtl. Aufw. aus Verw.				
										2023	2024	2025	2026	
										205.953.859	202.502.632	204.681.191	204.942.955	
Buchungsstelle	Bezeichnung	Ansatz 2023	Korrigierter Ansatz 2023	Ansatz 2024	Korrigierter Ansatz 2024	Ansatz 2025	Korrigierter Ansatz 2025	Ansatz 2026	Korrigierter Ansatz 2026	Grund	Änderung	Änderung	Änderung	Änderung
Stand KT Beschluss 13.02.2023														
24101-524120	Freigestellter Schülerverkehr	1.600.000	1.400.000	1.600.000	1.400.000	1.600.000	1.400.000	1.600.000	1.400.000	Anpassung Schülerbeförderung	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
24101-524110	Fahrkarten ÖPNV	3.150.000	2.700.000	3.150.000	2.700.000	3.150.000	2.700.000	3.150.000	2.700.000	Einsparungen durch Deutschlandticket	-450.000	-450.000	-450.000	-450.000
54201-523300	Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	700.000	400.000	300.000	450.000	300.000	450.000			Verzögerungen bei Abstufungen und Unterhaltungsmaßnahmen	-300.000	150.000	150.000	0
36503-541431	Zuwendungen KiTa kommunaler Träger					30.000.000	31.000.000	30.000.000	32.500.000	Umsetzung möglicher Rahmenvereinbarung KiTa Gesetz	0	0	1.000.000	2.500.000
61202-575110	an den inländischen Geldmarkt - an Banken (Liquidität)			2.275.000	1.900.000	2.275.000	1.775.000	2.275.000	1.775.000	Zinersparnis ab 2025 um insgesamt 500.000 € aufgrund Entschuldung, in 2024 für 9 Monate	0	-375.000	-500.000	-500.000
61202-575120	an den inländischen Geldmarkt - an Sparkassen (Liquidität)			800.000	608.000	800.000	544.000	800.000	544.000	Zinersparnis ab 2025 um insgesamt 256.000 € aufgrund Entschuldung, in 2024 für 9 Monate	0	-192.000	-256.000	-256.000
31642-555443	Assistenzleistungen			11.550.000	12.000.000	11.550.000	12.500.000	11.550.000	13.000.000	Erwartete Kostensteigerung aufgrund Entwicklungen Vorjahre	0	450.000	950.000	1.450.000
Stand aktuell										SUMME Änderungen	-950.000	-617.000	694.000	2.544.000
											205.003.859	201.885.632	205.375.191	207.486.955

Jahresüberschuss	Stand KT Beschluss 13.02.2023	Stand aktuell						
	36.108	3.515.108	741.331	5.312.406	932.544	7.009.867	858.849	8.100.778
	Verbesserung 2023	3.479.000	Verbesserung 2024	4.571.075	Verbesserung 2025	6.077.323	Verbesserung 2026	7.241.929

TOP Ö 6

Änderungsliste Haushalt 2023 gegenüber KT Beschluss vom 13.02.2023

04.05.2023

Finanzhaushalt

Pos. F 8 204.135.257 Euro + Pos. F17 29.200 Euro

Einzahlungen

Stand KT Beschluss 13.02.2023										Summe ordtl. Einzahlungen aus Verw.				
Buchungsstelle	Bezeichnung	Ansatz 2023	Korrigierter Ansatz 2023	Ansatz 2024	Korrigierter Ansatz 2024	Ansatz 2025	Korrigierter Ansatz 2025	Ansatz 2026	Korrigierter Ansatz 2026	Grund	2023	2024	2025	2026
61103-416200	Kreisumlage			60.456.673	61.665.806	60.456.673	62.899.123	60.456.673	64.157.105	Steigerung Aufkommen Kreisumlage mit 2,00 % sowie Nachmeldung R-M f. 2024 ff.	0	1.209.133	2.442.450	3.700.432
61102-411121	Schlüsselzuweisung			44.530.701	46.165.143	44.530.701	47.859.574	44.530.701	49.616.198	Steigerung Aufkommen SZ mit 3,67 % (hälftige durchschn. Steigerung seit 2018)	0	1.634.442	3.328.873	5.085.497
neue BuSt.	Zahlung Jobcenter	0	1.000.000							Erstattung von BuT Leistungen	1.000.000	0	0	0
41431-414410	vom öffentlichen Bereich - Bund	0	60.000	0	17.500					Zuschuss Digitalisierung ÖGD	60.000	17.500	0	0
11442-414420	vom öffentlichen Bereich - Land	0	26.000	0	93.000					Förderung professioneller Support (2023), DigiPakt Administration (2024)	26.000	93.000	0	0
36503-424428	Landeszuschuss Kindertagesstätten	24.189.500	24.939.500	24.189.500	24.939.500	24.189.500	24.939.500	24.189.500	24.939.500	Erhöhung aufgrund Mehrerträge in Vorjahren	750.000	750.000	750.000	750.000
36503-414491	Gemeindeanteil an Kita-Personalkosten freier Träger	1.715.000	1.965.000	1.715.000	1.965.000	1.715.000	1.965.000	1.715.000	1.965.000	Erhöhung aufgrund Mehrerträge in Vorjahren	250.000	250.000	250.000	250.000
61201-461200	Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen	400.000	643.000							Entnahme nicht realisierter Gewinn KVR Fonds	243.000	0	0	0
54201-442420	Kostenerstattung vom Land	811.000	1.011.000							Abstufung Landesstraßen	200.000	0	0	0
Stand aktuell										SUMME Änderungen	2.529.000	3.954.075	6.771.323	9.785.929
											206.693.457	203.137.668	206.226.868	209.399.843

Auszahlungen

Stand KT Beschluss 13.02.2023										Summe ordtl. Auszahlungen aus Verw.				
Buchungsstelle	Bezeichnung	Ansatz 2023	Korrigierter Ansatz 2023	Ansatz 2024	Korrigierter Ansatz 2024	Ansatz 2025	Korrigierter Ansatz 2025	Ansatz 2026	Korrigierter Ansatz 2026	Grund	Pos. F 15 195.199.999 Euro + F 18 3.736.150 Euro			
24101-524120	Freigestellter Schülerverkehr	1.600.000	1.400.000	1.600.000	1.400.000	1.600.000	1.400.000	1.600.000	1.400.000	Anpassung Schülerbeförderung	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
24101-524110	Fahrkarten ÖPNV	3.150.000	2.700.000	3.150.000	2.700.000	3.150.000	2.700.000	3.150.000	2.700.000	Einsparungen durch Deutschlandticket	-450.000	-450.000	-450.000	-450.000
54201-523300	Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	700.000	400.000	300.000	450.000	300.000	450.000			Verzögerungen bei Abstufungen und Unterhaltungsmaßnahmen	-300.000	150.000	150.000	0
36503-541431	Zuwendungen KiTa kommunaler Träger					30.000.000	31.000.000	30.000.000	32.500.000	Umsetzung möglicher Rahmenvereinbarung KiTa Gesetz	0	0	1.000.000	2.500.000
61202-575110	an den inländischen Geldmarkt - an Banken (Liquidität)			2.275.000	1.900.000	2.275.000	1.775.000	2.275.000	1.775.000	Zinsersparnis ab 2025 um insgesamt 500.000 € aufgrund Entschuldung, in 2024 für 9 Monate	0	-375.000	-500.000	-500.000
61202-575120	an den inländischen Geldmarkt - an Sparkassen (Liquidität)			800.000	608.000	800.000	544.000	800.000	544.000	Zinsersparnis ab 2025 um insgesamt 256.000 € aufgrund Entschuldung, in 2024 für 9 Monate	0	-192.000	-256.000	-256.000
31642-555443	Assistenzleistungen			11.550.000	12.000.000	11.550.000	12.500.000	11.550.000	13.000.000	Erwartete Kostensteigerung aufgrund Entwicklungen Vorjahre	0	450.000	950.000	1.450.000
Stand aktuell										SUMME Änderungen	-950.000	-617.000	694.000	2.544.000
											197.986.149	194.060.680	195.687.682	197.757.131

Jahresüberschuss	Stand KT Beschluss 13.02.2023	Stand aktuell								
	5.228.308	8.707.308	4.505.913	9.076.988	4.461.863	10.539.186	4.400.783	11.642.712		
Verbesserung 2023		3.479.000	Verbesserung 2024	4.571.075	Verbesserung 2025	6.077.323	Verbesserung 2026	7.241.929		
Lücke HH-Ausgleich Ergebnis		3.393.215		4.331.852		4.502.044		4.627.069		
		85.785		239.223		1.575.279		2.614.860		

Auszahlungen Liquiditätskredite	Stand KT Beschluss 13.02.2023	Stand aktuell						
	2.083.308	5.562.308	1.360.913	5.931.988	1.316.863	7.394.186	1.255.783	8.497.712

TOP Ö 6

08.05.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz

Sachverhalt:

Für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter durch den Wahlausschuss des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz haben gemäß § 28 Verwaltungsgerichtsordnung die Landkreise und kreisfreien Städte eine Vorschlagsliste zu erstellen.

Gemäß Anlagen hat der Landkreis Kaiserslautern für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz **2 Personen** vorzuschlagen.

Die Vorschlagsliste soll *Name, Anschrift, Geburtstag, Geburtsort und Beruf* der Vorschlagenden enthalten.

Bei der Auswahl der Personen ist folgendes zu beachten:

- a) Der ehrenamtliche Richter muss Deutscher sein. Er soll das 25. Lebensjahr vollendet und seinen Wohnsitz innerhalb des Gerichtsbezirkes haben (§ 20 VwGO).
- b) Bestimmte Personen sind vom ehrenamtlichen Richteramt ausgeschlossen bzw. dürfen nicht berufen werden (z.B. Landtagsabgeordnete, Richter, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, soweit sie nicht ehrenamtlich tätig sind). Näheres ist aus den in der Anlage beigefügten Vorschriften § 21 und § 22 VwGO zu entnehmen.

Ergänzend wird auf die Hinweise im Schreiben des Präsidenten des OVG vom 21.12.2022 auf Seite 3, vor allem bezüglich der Ablehnungsgründe und der Altersstruktur, verwiesen.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts hält es für wünschenswert, wenn bei den Wahlvorschlägen die in der jetzigen Amtszeit tätigen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter erneut Berücksichtigung finden könnten, nachdem sie sich in diesem Amt bereits bewährt haben (siehe Anlage).

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von mindestens 2/3 der anwesenden Mitglieder des Kreistages, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich (§ 28 Satz 4 VwGO).

Beschlussvorschlag:

Es sind 2 geeignete Personen für die Vorschlagsliste zu benennen.

Es stehen der **CDU** und der **SPD** jeweils **1** Person zum Benennen zu.

In Vertretung:

Peter Keller
Regierungsdirektor

Anlage/n:

ehrenamtliche Richter OVG mit Unterschrift
Liste ehrenamtl. Richter OVG RLP
Schreiben_an_ADD
2022-12-21__1220-3a -22-2__MDI
Anzahl EAR OVG RP ab 2024
OVG aktuelle eaR 2022

TOP Ö 7

Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz für die Amtsperiode vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028

<i>Name, Vorname</i>	<i>Geburtstag Geburtsort Beruf Arbeitgeber</i>	<i>Anschrift</i>
Mees Stephan CDU	05.12.1962 Landstuhl Berufssoldat i.R.	Hauptstraße 4a 66851 Bann
Decker Karin SPD	06.03.1957 Dipl.-Volkswirtin	Mackenbacher Straße 19 67685 Weilerbach

25.04.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss		öffentlich
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Gemeinsame Nutzung kommunaler Wertstoffhöfe in Stadt und Landkreis Kaiserslautern im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit

Sachverhalt:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 18.07.2023, aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion im Kreistag vom 05.07.2022 den Landrat beauftragt, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern Gespräche zu führen, um den Wertstoffhof der Stadtbildpflege in Erfenbach künftig auch durch Bürgerinnen und Bürger des Landkreises nutzen zu können. Darüber hinaus sollten weitere Synergieeffekte geprüft werden (Bezug BV-Nr.: 2999/2022).

Hierzu fanden zunächst diverse Abstimmungsgespräche auf administrativer Ebene statt, in denen die grundsätzlichen und organisatorischen Belange für eine gemeinsame Nutzung des Wertstoffhofes in Erfenbach unter allen Gesichtspunkten erörtert wurden.

Am 08.03.2023 fand hierzu ein Gespräch statt, an dem neben Landrat Leßmeister sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern, Herrn Dr. Weichel und der designierten Oberbürgermeisterin, Frau Kimmel, auch die für die Abfallwirtschaftsbetriebe Verantwortlichen, Frau Buchloh-Adler (Stadtbildpflege KL) und Herr Mersinger (Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis KL), teilnahmen.

Es wurde vereinbart, dass vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien Kreistag und Stadtrat, folgende mögliche Variante einer interkommunalen Zusammenarbeit auf den Weg gebracht werden könnte:

- Der Wertstoffhof der Stadtbildpflege im Stadtteil Kaiserslautern-Erfenbach soll im Rahmen einer Testphase auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Kaiserslautern zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung stehen.
- Im Gegenzug wird Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Kaiserslautern die Möglichkeit eröffnet, auch den Wertstoffhof des Landkreises in Kindsbach zu den dortigen Bedingungen nutzen zu können.
- Für die Anlieferungen an den Wertstoffhöfen wird jeweils ein betragsgleiches Entgelt pro Anlieferung vom jeweils anderen Abfallwirtschaftsbetrieb erhoben. Erstattet werden hierbei nur die Anlieferungen, die zahlenmäßig nicht ausgeglichen sind.

Das als Ausgleich für die Inanspruchnahme eines Wertstoffhofes vereinbarte Entgelt wird nach entsprechender überschlägigen Kalkulation auf **12,00 EUR pro Anlieferung**

festgesetzt, wobei die umsatzsteuerliche Behandlung dieses Entgelts noch nicht abschließend geprüft ist.

- Zur Dokumentation und Abrechnung werden an beiden Einrichtungen die jeweiligen Anliefernden getrennt nach Landkreis und Stadt zahlenmäßig erfasst.
- Die Testphase soll am 01.07.2023 beginnen und zunächst auf ein halbes Jahr befristet sein. Sollte sich nach der Testphase ein Weiterbetrieb als sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar darstellen, kann die gemeinsame Nutzung in gegenseitiger Abstimmung dauerhaft etabliert werden. Andernfalls wird die Zusammenarbeit beendet. Die Entscheidung hierüber obliegt den zuständigen Gremien.

Hierzu sollen im Rahmen der Testphase, vorzugsweise Ende des dritten Quartals, entsprechende Abstimmungsgespräche zwischen den Abfallwirtschaftsbetrieben stattfinden. Die Ergebnisse und Erfahrungen hieraus werden den zuständigen Gremien zur Kenntnis gegeben, um über die weitere Vorgehensweise zu beraten und zu entscheiden.

- Zur Umsetzung des Testbetriebs soll kurzfristig eine eng zwischen der Abfallwirtschaft des Landkreises und der Stadtbildpflege Kaiserslautern abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit über die Anliefermodalitäten und Öffnungszeiten der beiden Wertstoffhöfe auf den Weg gebracht werden.

Bislang gibt es keine Erfahrungswerte oder valide Schätzungen, wie viele Nutzer des Landkreises den städtischen Wertstoffhof oder umgekehrt in Anspruch nehmen werden. Daher kann aktuell auch keine Aussage hierzu getroffen werden, welche Mehr- oder Minderkosten bei den jeweiligen Trägern durch die gemeinsamen Nutzungsmöglichkeiten zu erwarten sind.

Es ist jedoch, allein schon aufgrund der begrenzten Anmeldekapazitäten (z. B. durch Zeitslots) davon auszugehen, dass die Anlieferzahlen bei keinem der Wertstoffhöfe im Vergleich zum aktuellen Anlieferaufkommen erheblich ansteigen werden, was zu einer nicht vertretbaren Kostensteigerung führen könnte. Zum anderen findet durch jede Verlagerung von Anlieferungen auf einen anderen Wertstoffhof auch eine Verminderung der selbst zu entsorgenden Abfälle statt, was zwangsläufig zu einer Verringerung der direkten Entsorgungskosten beim jeweiligen Träger der Einrichtung führt.

Die Abfallwirtschaftseinrichtung schlägt daher vor, die Möglichkeiten der gegenseitigen Nutzung der beiden kommunalen Wertstoffhöfe Kindsbach und Erfenbach im Rahmen eines Testbetriebs unter den obigen Bedingungen zu erproben.

Hierzu sollte der Landrat beauftragt werden, mit der Stadtbildpflege eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen, in der die rechtlichen Modalitäten für die kurzfristige testweise Umsetzung sowie die Entgelte für die gegenseitig zu leistenden Ausgleichszahlungen festgelegt sind.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss/ Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

Der Kreistag beschließt:

- a) Der Landkreis und die Stadt Kaiserslautern vereinbaren im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die befristete gegenseitige Nutzung der beiden kommunalen Wertstoffhöfe Kindsbach und KL-Erfenbach durch Bürgerinnen und Bürger aus Stadt- und Landkreis im Rahmen einer Testphase.
- b) Der Landrat wird ermächtigt eine auf die Dauer von 6 Monaten begrenzte Vereinbarung mit der Stadt Kaiserslautern zu schließen, in der die Modalitäten der Testphase geregelt

werden.

Im Auftrag:

Michael Mersinger
Fachbereichsleiter

27.04.2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	08.05.2023	öffentlich
Kreistag	15.05.2023	öffentlich

Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP: "Einführung des Deutschlandtickets für die Schülerinnen und Schüler im Landkreis,,

Die Fraktionen CDU, FWG und FDP im Kreistag Kaiserslautern haben beigefügten Antrag vom 19.04.2023 zum Thema „Einführung des Deutschlandtickets für die Schülerinnen und Schüler im Landkreis“ gestellt.

Die Berichterstattung erfolgt mündlich.

Anlage/n:

Antrag Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler

Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP im Kreistag Kaiserslautern

Sehr geehrter Herr Landrat,

Wir bitten darum, zur nächsten Sitzung des Kreistags den Tagesordnungspunkt
„Einführung des Deutschlandtickets für die Schülerinnen und Schüler im Landkreis“

auf die Tagesordnung zu nehmen.

Begründung:

Durch die Einführung des 49 Euro Deutschlandtickets besteht die Möglichkeit, dieses statt der bisherigen Fahrkarten an die Schülerinnen und Schüler, die bisher eine Karte zur Schülerbeförderung bezogen haben, auszugeben. Für die Schülerinnen und Schüler ergibt sich dadurch ein erheblicher Mehrwert, nämlich der Nutzung auch über die Grenzen des VRN-Tarifgebiets hinaus. Dem Landkreis entstehen dadurch hingegen keine Mehrkosten, da er bereits bisher die Kosten der Schülerbeförderung zu tragen hat.

Die Fraktion CDU, FWG und FDP sprechen sich für eine Umstellung und Einführung des Deutschlandtickets für alle bisher schon fahrkartenberechtigten Schülerinnen und Schüler im Landkreis aus.

Die Kreisverwaltung wird um Bericht gebeten, wann und zu welchem Zeitpunkt die Umstellung erfolgen soll und welche Kosten damit verbunden sind.

Harcus Klein